

Bezugspreis:

Einzelheft 1.20 Mk., monatlich 2.80 Mk., ...

Der „Vorwärts“ erscheint wochentlich ...

Telegraphische Adressen ...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Sonntag, den 10. Mai 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Zwei Noten an Clemenceau.

Versailles, 9. Mai. Der erste Delegierte der deutschen Friedensdelegation ...

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation hat die erste Durchsicht der übergebenen Friedensbedingungen ...

Der Vertragsentwurf enthält Forderungen, die für kein Volk erträglich sind. Vieles ist außerdem nach Ansicht unserer Sachverständigen unerfüllbar.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Versailles, 9. Mai 1919.

Herr Präsident!

Die deutsche Friedensdelegation beehrt sich zu der Frage des Völkerbundes Stellung zu nehmen, indem sie dabei ein deutsches Programm überreicht, das ihrer Meinung nach zum Problem des Völkerbundes wesentliche Anregungen enthält.

Genehmigen Sie, Herr Präsident, den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

Notiz: Das in der zweiten Note erwähnte Programm ist der Feingehalt in der deutschen Presse veröffentlichte Entwurf eines Völkerbundesvertrages.

Die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge.

Versailles, 9. Mai. Die „Journal“ berichtet, haben die Alliierten für die Prüfung der deutschen Gegenvorschläge folgendes Verfahren angenommen: Die deutschen Vorschläge werden zunächst den Ausschüssen überwiesen.

Das Komitee der fünf Minister des Auswärtigen regelte gestern die ungarischen Grenzen. Alle Ausnahmefälle wurden gutgeheißen. Heute fallen die österreichischen Grenzen geregelt werden.

Neue Sitzung der Friedensdelegation.

Versailles, 9. Mai. Heute abend hat unter dem Vorsitz des Reichsministers des Auswärtigen Graf Brodorski-Ranau eine weitere Sitzung der Friedensdelegation stattgefunden.

Versailles, 9. Mai. Aus den in Artikel 197 des Friedensvertrages ausgesprochenen Beschränkungen der drahtlosen Telegraphie ist hervorzugehen, daß sie sich nur auf die Stationen mit großer Reichweite beziehen.

Belgiens Ansprüche vor Wilson.

Paris, 10. Mai. Genad. Die belgische Delegation veröffentlicht folgende Note: Oyman wurde am Freitag zu Wilson gebeten, wo er vor dem Biererrate die Ansprüche Belgiens auf Deutschafrika in Erinnerung brachte.

Deutschösterreichs Vertretung in Paris.

Die Zusammensetzung der Delegation.

Wien, 10. Mai. Corr.-Bur. Als Bevollmächtigter Deutschösterreichs und verantwortlicher politischer Leiter führt Staatskanzler Dr. Renner die Friedensdelegation nach St. Germain. Er ist berechtigt, die Haltung der Delegierten entsprechend den von den Völkervertretern beschlossenen allgemeinen Richtlinien zu bestimmen.

China protestiert gegen den Friedensvertrag.

Brandstiftung und Unruhen im Lande.

Amsterdam, 10. Mai. Dem „Telegraaf“ zufolge melbet die „Times“ aus Peking, daß in vier großen Versammlungen der Vereinigung für auswärtige Beziehungen beschlossen wurde, den chinesischen Delegierten zu Paris zu telegraphieren, daß sie den Friedensvertrag nicht unterzeichnen sollen.

Das Abkommen über die Kriegsgefangenen.

Rückkehr nach Unterzeichnung des Friedens.

Versailles, 10. Mai. (T.R.) Abteilung 6 des Friedensvertrages sieht vor, daß die deutschen Kriegsgefangenen sofort nach Unterzeichnung des Friedens in die Heimat zurückgeführt werden.

Frauenstimmrecht in Holland.

Amsterdam, 9. Mai. Die „Algemeen Handelsblad“ melbet, hat die niederländische Zweite Kammer einen Antrag auf Einführung des aktiven Frauenstimmrechts mit 64 gegen 10 Stimmen angenommen.

Die Stunde ist gekommen...

Von Friedrich Stampfer.

L'heure du lourd règlement des comptes est venue. Clemenceau.

Ich komme aus Versailles, wo wir Frieden gesucht und Krieg gefunden haben. Ich komme aus Versailles, um den Schläfern in die Ohren zu schreien, daß noch immer Krieg ist.

Ein wirklicher Frieden zwischen zivilisierten Völkern kann nur werden aus Verhandlungen. Die Gegner wollen nicht verhandeln, und darum wäre es Nöge, wenn sie behaupteten, sie wollten den Frieden.

Das ist der harte Boden der Tatsachen, auf den wir uns stellen und auf dem wir unsere Entschlüsse fassen müssen. Wir sind im Krieg und in der Verteidigung, ob wir unterzeichnen oder nicht.

Kann durch die Unterzeichnung nichts weiter erreicht werden als der lächerliche Zustand eines bloßen Scheinfriedens, so bedeutet die Nichtunterzeichnung erst recht Fortdauer des Kriegszustandes.

Unterzeichnen wir, so stehen wir vor einem neuen Kapitel des Weltkriegs; an die Stelle der brüllenden Vernichtung wird die schleichende treten, die Jahrzehnte dauern kann.

Daraus folgt, daß wir es nicht machen dürfen wie Rußland. Rußland hat den Berliner Frieden zunächst nicht unterzeichnet, ist aber dann vor der ersten drohenden Welle der damaligen deutschen Gewalttätigkeiten zusammengelappt.

Der Gegner wird versuchen, einzelne Teile Deutschlands zu besetzen und den Rest durch Hunger zur Übergabe zu nötigen. Wir müssen ihr zwingen, ganze Arbeit zu tun; er soll sich genötigt sehen, ganz Deutschland zu besetzen.

Dazu brauchen wir die Zusammenfassung aller Kräfte. Sie muß möglich sein und wird möglich sein, wenn der Geist des internationalen Sozialismus.

Nähe gewesen ist. Wir haben mit dem Herzen auf Seiten der
Buren gestanden, als sie ihren Heldenkampf gegen die monomoni-
stische Umstrickung Englands führten, und die Menschenrechte
der armen Hereros gegen die Gewalt des deutschen Kolonial-
kapitalismus verteidigt. Und jetzt, wo es um unser eigenes
Volk geht, sollten wir Sozialisten eine andere Haltung ein-
nehmen? Wer jetzt das eigene Volk in Stich läßt, ist kein inter-
nationaler Sozialist, sondern ein elender Verräter.

Die öffentliche Stimmung drängt die Regierung zu rascher
Entscheidung. Dazu ist zu sagen: Wir sind im Kriege, und im
Kriege sagt man dem Gegner nicht, was man zu tun gedenkt.
Wir haben bis zum 21. Mai Zeit, unsere schriftlichen Einwän-
dungen vorzubringen. Wir müssen diese Zeit ausnützen, um
eine Antwort fertigzustellen, die unserer würdig ist. Es wird
uns eine Frist gestellt werden, innerhalb deren wir eine end-
gültige Antwort zu geben haben. Wir werden nach Ablauf dieser
Frist als Volk durch unsere Delegation und unsere Regierung
sagen, was wir zu tun gedenken. Zuvor soll keine Macht der
Welt unsere Lippen öffnen.

Das gilt für uns als Ganzes. Aber dem einzelnen ist es
erlaubt, jetzt schon den verantwortlichen Männern zuzurufen:
„Unterzeichnet nicht!“ und seinen Volksgenossen zu
sagen: „Haltet Euch bereit! Haltet Euch bereit, das
Schwerste zu ertragen, das je einem Volk beschieden war! Seid
hart, bleibt fest! Mit aufstrebender Hoffnung werden alle unter-
drückten Völker und Klassen der Welt vernehmen, daß das
deutsche Volk als Mitspieler in ihre Reihen getreten ist.
Man wird aufhorchen in Irland, Ägypten, Indien, in den
arbeitenden Klassen aller Länder der Welt. Man wird in den
Vereinigten Staaten Abrechnung halten mit jenem sonderbaren
Nachfolger Washingtons, der nach Europa gekommen
ist, um die Freiheit zu verkünden, und der zurückkehrt, nachdem
er gelassen hatte, die Menschenrechte abzuschaffen.“

„Es wird kein kurzer und kein leichter Kampf sein.
Mancht nicht an Wunder! Verlaßt Euch nicht auf die Hilfe
der französischen Sozialisten, die sich in entsetzender Stunde
weder groß noch stark gezeigt haben. Es bedarf noch mehr
als eines Tropfens, um den Reih zum Ueberlaufen zu bring-
en, aber die Tropfen sollen beständig. Werdet nicht klein-
mütig, wenn der erhoffte Erfolg auf sich warten läßt, sondern
verhorrt in unerlöschlicher Geduld, in unerschütterlicher Zu-
versicht. Dann wird eure Stunde kommen!“

Der Proteststurm.

Erklärung des Berliner Magistrats.

Die Zahl der Proteste gegen den uns zugemuteten Frieden
wächst von Tag zu Tag. Beim Reichspräsidenten und
Reichsministerpräsidenten liegen zahllose Telegramme aus
allen Teilen Deutschlands vor, die den entschiedensten Protest
gegen die uns zugemuteten Vergewaltigungen einlegen.
Bom Magistrat der Stadt Berlin geht uns folgende Erklärung
an:

Der Magistrat von Berlin hat Hand in Hand mit den deut-
schen Städten und im Namen einer vierstägigen Bevölkerung von
Millionen, die oft genug belunet hat, wie sehr sie den Wunsch
hegt, in Gemeinschaft mit den anderen Nationen die Werke der
Kultur und des Friedens zu fördern, der Reichsregierung seine
tiefe Erschütterung über das Friedensange-
bot zum Ausdruck gebracht. Er spricht das Vertrauen aus, daß
unsere Unterhändler in den bevorstehenden Verhandlungen über-
zeugend zur Geltung bringen werden, wie sehr es die Gebote der
Moralität und der Menschlichkeit verlangen würde, im Herzen
Europas ein dahinsiehendes Band zu schaffen
und dadurch fortwirkende Reibungsstellen gewaltsam zu er-
zeugen, anstatt den Völkern im Anblich seiner ungeheuer trau-
rigen Folgen für immer zu begraben.

Rechtliche Grundgebungen haben ferner erlassen: Bürgerchaft
und Senat der Stadt Hamburg, Bremische Nationalversammlung,
das badische Staatsministerium und viele andere.

Sie schließen sich an!

Der kommunistisch beherrschte „Reichsberuflosen-Aus-
schuß“ übersendet uns eine Erklärung (unterzeichnet Reiset,
Gertzurich, Wendel), in der er es ablehnt, die Regie-
rung im Kampfe gegen die uns zugemuteten Friedensbedingungen
zu unterstützen. In der Erklärung heißt es u. a.:

Die Organisation der deutschen Beruflosen, die nunmehr
3 Millionen Volksgenossen umfaßt, hat keine Veran-
lassung, der Regierung, Ober-Scheidemann die erbetene Ge-
sellschaft zuzugewinnen. . . . Wir protestieren gegen das im
Auftrag der Regierung erteilende Ansuchen und fordern
alle Landes- und örtlichen Beruflosenausschüsse auf, in Ver-
sammlungen dasselbe zu tun.

Der Rufus enthält wohl ein Duzend Schmähungen gegen die
Regierung, aber bezeichnenderweise kein einziges Wort des Wider-
spruchs oder des Protestes gegen die Friedensbedingungen, die
auch die Beruflosen auf das allerhöchste anerkennen müßten.
Aber vielmehr betrachten es die Herrhuren und Genossen
unter dem Gesichtswinkel eines erfreulichen Rückschrittes, wenn
durch die Friedensbedingungen die Zahl der Arbeitslosen, die dann
der Reichsberuflosenausschuss vertreten kann, von zwei auf
zwanzig Millionen wächst.

Weitere Pressstimmen des Auslandes.

Nachfolgend veröffentlichen wir noch einige Blätter-
stimmen des neutralen und feindlichen Auslandes, die im
wesentlichen das Bild der letzten Tage bestätigen. Mit Aus-
nahme der als chauvinistisch bekannten Presse findet der Ver-
trag fast allgemein Ablehnung und erregt wegen seiner mög-
lichen Folgen Zurüt und Besürzung:

Frankreich.

„Humanité“ erklärt, der Friede sei in Wahrheit ein Ge-
waltfriede. Ueber die Anerkennung des englischen Protekt-
rates über Ägypten, dessen Bevölkerung der schrecklichsten poli-
tischen und wirtschaftlichen Unterdrückung unterworfen sei, sagt
das Blatt, diese bedeute ein großes, furchtbares Verbrechen. Dieser
Friede sei nicht ein Völkervertrag, sondern der Friede
drei Männer: Clemenceau, Lloyd George und
Wilson. Der Krieg wurde von drei Kaisern angefan-
gen und ist durch drei Kaisern beendet worden.
Aber die Völker bleiben im Schatten, nachdem sie im Blut ge-
waltet haben. Nur eine internationale Organisation der Ar-
beiter könne einen dauerhaften Frieden gewährleisten.

„Echo de Paris“ erklärt, daß das Trennungsmoment der
Großen Produktions-Massen mit seinem Appell an die interna-
tionale Brüderlichkeit die Führer der alliierten Mächte hart ver-
stimmt habe, insbesondere Lloyd George. Sein Versuch, die Hilfe
der Alliierten für die Emission einer Anleihe zugunsten Deutsch-
lands zu erlangen, werde die gebührende Antwort erhalten.

„Action Française“ meint, die Alliierten hätten den
Schweizer Fehler begangen, mit einem als geschlossenes Ganzes be-
trachteten Deutschland zu unterhandeln. So könne man wirklich
nicht mehr behaupten, daß Bismarcks Werk ruiniert sei.

„Victoire“ und „Avenir“ finden die Regelung der Fi-
nanzfrage unbefriedigend. Die „Petit Parisien“ mit-
teilt bezüglich dieser Ansicht auch in der Deputiertenkammer vor.

Im „Matin“ veröffentlichten der Vorsitzende des Subge-
schäftes der Kammer Peret und der Generalberichterstatter des
Budgets Marin Erklärungen, in denen es heißt, Frankreich habe
einen besseren Frieden verdient. Es müsse jetzt mindestens zehn
Milliarden neuer Steuern jährlich ausbringen.

„Rappel“ bezeichnet den Entwurf als seltsame Mischung
imperialistischer Programme mit dem Wilson-
schen Evangelium, welche die Schwereigkeiten nicht regeln,
sondern aufschüben. Fünfzehn Jahre Unentschiedenheit wirtschaft-
licher, finanzieller und politischer Konflikte sei nicht der Friede,
welchen man erwarten durfte.

„Ceuvre“ meint, der Friedensvertrag sei namens einer
ganz begrenzten Liga ausgearbeitet. Einer der Wilsonschen Haupt-
grundsätze habe die Bildung einer besonderen Koalition innerhalb
der Gesellschaft der Nationen verboten, aber wer denke denn heute
noch daran, jedoch gerade auf der Grundlage der Wilsonschen
Grundsätze sei der Waffenstillstand abgeschlossen und gedächte
die Deutschen über den Frieden zu unterhandeln. Aber falls die
alliierten Diplomaten sich nicht selber verplügen wollten, müßten
sie den Kampf mit den feindlichen Delegierten gemäß den moralis-
chen Bedingungen annehmen, welche sie ihnen selbst auferlegt
hätten.

„Journal des Débats“ schreibt: Die deutsche Presse
protestiert gegen die Friedensbedingungen und erklärt sie für un-
annehmbar. Dies kann uns nicht rühren. Ganz Deutschland müsse
solidarisch die Folgen seiner Niederlage tragen.

Der heutige „Populaire“ enthält drei äußerst scharfe Ar-
tikel gegen den Friedensentwurf. Im ersten Artikel erklärt
Lougnet, der Entwurf sei die Verneinung eines ge-
rechten Dauerfriedens. Lougnet erinnert an die Reden
Wilson's, in denen er sich gegen jene erhebt, welche die Offen-
sivität so sehr verachten, daß sie ihre egoistische Abmachungen und
Kompromiß vorschlagen, die man mit denjenigen des Wiener Kon-
gresses vergleichen könne. Dies hätten die Alliierten getan. Es
sei ein Gewaltfriede, für deren mögliche baldige Beseitigung
sich das Proletariat Europas unerschöpflich einsetzen werde.
In einem weiteren Artikel erklärt das Blatt, es sei kein Friede,
sondern ein Kriegsvertrag. Das Preußentum,
durch die deutsche Revolution aus Deutschland vertrieben, habe sich
in demokratische Länder geschleift. Die alliierten Regierungen
wollten das deutsche Volk als Vergeltung für die Verbrechen seiner
Führer erdrücken. Ein derartiger Wunsch muß das Bewis-
sen aller Völker empören. Niemals würden Rechtsgrundzüge
derart heuchlerisch verlegt. Die alliierten Regierungen be-
handeln Völker wie Vieh oder Tauschware. Die Sozialisten,
welche einen Verständigungsfrieden mit der deutschen
Demokratie wünschten, würden einen Vertrag nie unterzeichnen,
welchen Napoleon, Kossig und die Militärs aller Zeiten
schon gefunden hätten. Das Blatt schließt: Zwischen uns und den
offiziellen Imperialisten werden wir den Abgrund immer tie-
fer graben, und mit Befriedigung stellen wir fest, daß die reaktio-
näre Presse, wenn sie auch nicht zu unseren Schlussfolgerungen ge-
langt, die Gefahr ankündigt, welche demnächst Europa einfallen
wird.

„Information“ erklärt: Soweit sich beurteilen läßt, ent-
hält der Vertrag ausgezeichnete Dinge. Das Ideal wäre,
daß man alles auf einen Schlag regelte, aber dies ist un-
möglich und man muß sich mit der Notwendigkeit einer weiteren
Regelung und mit Verträgen abfinden, welche hauptsächlich das
Saargebiet, die Zahlungen, die Räumung, die Kon-
trolle und die Abrüstung Deutschlands betreffen wer-
den.

England.

Amsterdam, 10. Mai. Die „Telegraaf“ aus London
meldet, schreibt die „Westminster Gazette“, die verhältnis-
mäßig kleine Veränderung in der Karte Deutschlands sei in Wirk-
lichkeit gewaltig. Die ganze wirtschaftliche Struktur werde da-
durch verändert. Die Alliierten müssen bedenken, daß sie die Scho-
denvergütungen nicht vom alten Deutschland erhalten, sondern von
dem Deutschland, das seiner wichtigsten Hilfsquellen be-
raubt ist. Die Alliierten müßten jetzt zeigen, daß unter dem Völ-
kerbund der Grundgedanke des freien Zuganges zu den mineralischen
Hilfsquellen in jedem Gebiet Europas auf alle Völker angewandt
werden wird.

Amerika.

„New York Tribune“ sagt: Die Macht der Summen ist
gebrochen.

„New York Sun“ erklärt, daß Deutschland vernichtet
sei. Damit sei die Legende aus der Welt geschafft, daß Wilson
gegen die Zentralmächte zu milde geschmitt sei.

W. das Niederländische Pressureau Radio aus New York
meldet, schreibt die „New York Times“, Deutschland sei ohn-
mächtig gemacht worden.

„New York World“ erklärt, es sei ein bitterer Trost
in diesem Reich der Niederlage, den die Deutschen bis zur Reize
leeren müßten.

„Express“ schreibt: Diese Friedensbedingungen bezeichnen
einen furchtbaren Fall. Die deutsche Nation, die die Welt beherr-
schen wollte, sei zu einem Volke gemacht worden, das weder Herr
noch Knecht, aber eine gewaltige Schuldenlast haben und ohne
Einfluß oder Prestige in der internationalen Politik sein werde.

Italien.

Die Mailänder Blätter bezweifeln in ihren Kommentaren,
daß die Verfallener Präliminarien einen dauerhaften Frieden
bringen werden, ohne allerdings im einzelnen bereits Kritik zu üben.
Diese muß, wie „Corriere della Sera“ meint, besonders
von der Verantwortlichkeit gegenüber der Zukunft geleitet sein.
Zu den Grenzbestimmungen erklärt das Blatt, daß zwar einige
Verletzungen des Nationalitätsprinzips infolge
des Mangels natürlicher Grenzen nicht zu vermeiden gewesen seien,
daß aber andere sehr wohl hätten vermieden werden können. Die
Zukunft Europas würde sich beruhigender gestalten, wenn die All-
iierten die Kraft gefunden hätten, ihre Begierden und Leidenschaften
und insbesondere ihr Verlangen nach Rache zu meistern.

„Secolo“ wendet sich offen gegen die Bestimmungen ange-
sichts der bedrohlichen politischen Ereignisse der letzten Monate.
Mit ihrer willkürlichen Angliederung gewisser Gebiete und
ihrer veralteten Verutung auf strategische Not-
wendigkeiten müsse sich die Zukunft der ganzen Menschheit
qualvoll gestalten. Der Artikel über Österreich bedeute eine Ver-
letzung der Rechte Österreichs und der Rechte Italiens.
Auch der „Corriere d'Italia“ und die „Epoca“ miß-
billigen die Klausel über Österreich. „Epoca“ sagt, daß die
Interessen Italiens in bezug auf dieses Land noch besser gewähr-
leistet werden müßten.

Ungarn.

Budapest, 9. Mai. Die ungarische Presse bezeichnet die
Verfallener Friedensbedingungen als ein politisches A-
ktenstück, das die Verfallener der Diktatur des Kapital-
ismus bedeute. Der „Pester Lloyd“ nennt das Verbot
von Verfallener über Deutschland ein Todesurteil und betont,
es sei zweifellos, daß die Bedingungen dieses Friedensvertrages
praktisch niemals durchgeführt werden könnten. Die Ent-
sente stelle an die deutsche Arbeiterschaft das freche Ansinnen,
auf unabsehbare Zeiten für fremde Interessen ein Sklaven-
leben zu führen.

„Keresztes“ schreibt: Der Friedensvertrag, den man
Deutschland aufzwingen will, verpötte die 14 Punkte Wilsons.
Die Franzosen wollten deutsche Provinzproletariat zwingen, Skla-
ven französischer Kapitalisten zu sein.

Die „Volksstimme“ sagt: Nach diesem Diktat wird das
deutsche Volk nicht mehr geneigt sein, sich im Interesse der Entente
als Volkverrat gegen den Volkshemismus gebrauchbar
zu lassen.

Verhandlungen über die wirtschaftlichen Fragen.

Amsterdam, 10. Mai. (Nachung der „Telegraaf-Kompagnie“.)
Nach einer Pariser Information der „Times“ beabsichtigen die
Alliierten über die wirtschaftlichen Fragen in schriftliche Ver-
handlungen mit Deutschland einzutreten. Dagegen soll eine
Diskussion über die Festlegung der Grenzen abgelehnt werden.
Die Beschlüsse der Alliierten in bezug auf die territorialen Fragen
sollen festgelegt und es sei ausgeschlossen, auf Grund von
Gegenvorschlägen Veränderungen des Friedensvertrages nach dieser
Richtung hin vorzunehmen.

Die Schweizer Neutralität.

Bern, 9. Mai. Schweizerische Telegraphenagentur. Auf
Grund des Vertrages des Wiener Kongresses von 1815
hat die Schweiz das Recht, im Falle eines Kriegsausbruchs
Nord zu betreten und als neutrale Zone zu behandeln.
Die französische Regierung ersuchte die Schweizer Regierung um
Auslieferung dieses Serwitius. Der Bundesrat hat sich
einerseits erklärt, vorbehaltlich der Zustimmung der eid-
genössischen Mächte, in den Friedensvertrag einen Artikel auf-
zunehmen, der dieses Serwitius aufhebt. Der Bundesrat betont
aber ausdrücklich die ihm vom Wiener Kongreß garan-
tierte Neutralität und Souveränität seines Territoriums.

Er hat es immer gesagt!

Adolf Hoffmanns Prophezeiungen.

In der Preussischen Landesversammlung haben die Unab-
hängigen eine wesentlich andere Stellung eingenommen als
ihre Freunde im Friedensauschuss. Im Friedensauschuss schlossen
sie sich dem einmütigen Protest der Parteien gegen die Friedens-
bedingungen an, während sie in der Preussischen Landesversam-
mlung es nicht über sich gewannen, einer gemeinsamen Erklärung
beizutreten. Ihr Vorkühner und Inspirator war dabei Adolf
Hoffmann, der u. a. folgendes äußerte:

„Von den imperialistischen Regierungen der Entente waren
andere Bedingungen nicht zu erwarten. Dieser
Friedensvertrag ist die Folge des kapitalistischen Systems.“ . . .

Adolf Hoffmann erinnert uns an eine Figur des Dichters
Wilhelm Hauff, an jenen Nachbarn, dessen drittes Wort ist: „Hol
ich's nicht immer gesagt“, auch wenn er fünf Minuten vorher noch
das Gegenteil behauptet hat. Denn wie äußerte sich Adolf Hoff-
mann am 18. Juni 1918 in einer großen Rede, die er für so wichtig
hielt, daß er dem „Vorwärts“ die gestützte Wiedergabe sehr ver-
liebt? Er sagte nach dem Stenogramm:

„Ein demokratisches Deutschland hätte in allen
Weltkriege die Demokratie in Deutschland, hätte
Deutschland auch einen Frieden ohne Annexionen und
Kontributionen, nicht einen solchen Frieden, wie Deutsch-
land auf Grund aufgezwungen hat. Selbst wenn Clemenceau
den Krieg weiterführen wollte, würde ihn die Revolution der Ar-
beiter weggen, genau wie die Kriegsherrn in England und
Italien. Es würde der Sieg der Demokratie weiter nichts her-
beiführen, als die Verteidigungskräfte in Deutschland stärken und
uns mit der Welt wieder ausöhnen.“

Das hat damals übrigens nicht nur Adolf Hoffmann gesagt,
so haben alle Unabhängigen geredet. Wenn wir Mehrheitssozialisten
dagegen einwandten, daß der herrschende Imperialismus der
Ententestaaten auch ein demokratisches Deutschland nicht schonen
würde, so wurden wir von den Unabhängigen bedroht auf das
allergeheiligste bekämpft. Jetzt plötzlich sagt Adolf Hoffmann: „Es
war nicht anders zu erwarten.“ Ja, wenn Adolf Hoffmann es si
nicht anders erwartete, warum haben dann er und seine Freunde
während des ganzen Krieges das genaue Gegenteil so
haupte?!?

Skandalpolitik der „Freiheit“.

Die „Freiheit“, die auch in dieser Stunde nichts Besseres zu
tun weiß, als den inneren Kampf Mann gegen Mann zu führen
besucht mich einer heberischen Stimmungsmache, weil ich über
die Pariser sozialistischen Parteistimmungen nicht weiter berichtet
als mein Rufusball in Berlin's dauerte. Bis dahin war die
Kustode allerdings sehr düssig, und ich freue mich, aus noch
kommenden Telegrammen zu erfahren, daß die Kritik an dem un-
glücklichen „Friedenswerk“ der Entente seitdem lebhafter geworden
ist. Wenn ich davon warnte und noch warne, den augenblicklichen
Einfluß der französischen Sozialisten zu überschätzen, und wenn ich
darauf hinwies, daß ihre Haltung keineswegs einheitlich ist, so
erfülle ich damit nur eine Pflicht der Wahrheit. Gerade der So-
zial, die ich empfehle, läme gar nichts gelegener als eine kraft-
volle, geschlossene Aktion der französischen Arbeiterschaft. Trotzdem
warne ich — bis zum Beweis des Gegenteils, der niemandem mehr
freuen wird als mich — alles auf diese eine Karte zu setzen.

Friedrich Stampfer.

Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte.

Die Delegierten der S. V. D.-Arbeiterräte erhalten und über
den Verlauf der von Richard Müller einberufenen Vollversam-
lung der Groß-Berliner Arbeiterräte am 10. Mai folgenden Be-
richt: Die gemeinsame Proklamationsaktion der S. V. D. und V. P.
Arbeiterräte hatte beschlossen, eine Delegation von je drei
Vertretern der beiden Proklamationen in die für heute von Richard
Müller einberufene Vollversammlung der Groß-Berliner Arbeiterräte
zu entsenden, um einmal jeden Schein eines Verbundes der So-
zialierung der Berliner Arbeiterräte von seit erder S. V. D. und
V. P. zu vermeiden, und zum andern eine Vollversammlung zu
Aufhebung des Beschlusses gegen den kommu-
nalen Arbeiterrat Genossen Richter zu ermöglichen
dessen Ausschluß eine Diskreditierung des Rä-
gedankens darstellt. Die in der „Freiheit“ vom 10. Mai er-
schienene Einladung zur Vollversammlung der Arbeiterräte ist ein
Fälschung, denn der dort unterzeichnete Genosse Wrolat hat diese
Einladung in Wirklichkeit nicht unterschrieben.

Es lagen den versammelten Arbeiterräten der Unabhängigen
und der Kommunisten zwei von ihnen gestellte Anträge vor, die
eine verfassungsmäßige und gewundene Aufhebung des Beschlusses be-
deuteten, den Genossen Richter aus der Vollversammlung auszu-
schließen.

Das genügte den Vertretern der S. V. D. und V. P. aber nicht
Es wurde deswegen von ihnen die Vollversammlung nochmals aus-
drücklich befragt und ohne jeden Widerspruch befragte die Ver-
sammlung, daß der Beschluß aufgehoben sei.

Damit war die Wiederaufnahme der gemeinsamen Arbeit mög-
lich geworden. Deswegen beantragten wir, die Vollversammlung zu
verlangen und unverzüglich eine rechtmäßige Vollversammlung ein-
berufen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Die Delegierten der
S. V. D. und V. P. verließen die Vollversammlung. Die Unab-
hängigen und Kommunisten agierten weiter.
Genig. Jockisch. Bichel.

Mordprozeß Liebfnecht-Luxemburg.

Kolaltermin im Tiergarten.

Seitens fand in später Abendstunde ein Kolaltermin statt, um noch einmal die Vorgänge vor und während der Mordtat Liebfnechts zu rekonstruieren. Um 10 Uhr versammelten sich die Mitglieder des Gerichtes, Vertreter der Anklage, Verteidiger und Sachverständigen am Bahnhof Tiergarten. Die Angeklagten wurden in einem Polizeimobil zum Untersuchungsgefängnis Moabit nach der oben bezeichneten Stelle gebracht.

Für den Kolaltermin waren zwei Fragen von großer Wichtigkeit. Erstens handelte es sich darum, festzustellen, ob von der Stelle aus, wo Kapitänleutnant v. Pflug-Portung seinem Bruder und dem Kraftfahrer die Worte „Schneidpunkt Tiergarten“ zugerufen haben will, überhaupt bei dem Kraftwagen noch vernachlässigbar gewesen sind. Zweitens sollte der Angeklagte Pflug-Portung den Radweg führen, doch der von ihm eingeschlagene Radweg eine Abkürzung auf dem Marsch nach der Charlottenburger Chaussee bedeute. Zunächst wurde die Radprobe gemacht. Das Gericht stellte mit Hilfe der Anwesenden den Platz fest, wo das Auto, in dem Liebfnecht sich befunden hätte, damals eine Wanne erlitt. Der Radweg liegt etwa 150 bis 160 Meter von der Charlottenburger Chaussee entfernt auf dem Großen Weg. Nach der Angabe des Hauptmanns v. Pflug-Portung, der neben dem Chauffeur saß, blieb das Auto hier stehen. Kapitänleutnant Pflug-Portung schickte dann den Motorradfahrer. Er montierte mit seinem Kommando, wobei er sich neben Liebfnecht West, zunächst noch etwa 25 Schritte auf der Radstraße des Großen Weges. In dieser Stelle führt rechts ein kleiner etwa 2 Meter breiter Seitenweg ab. Kapitänleutnant Pflug-Portung gab nun seinen Befehl an, daß er aus seiner Kindheit den Reuen See konnte und weiter auf dem Großen Weg nach der Charlottenburger Chaussee gewandert sei. Er wählte also, daß er auf diesem Wege zur Charlottenburger Chaussee gelangen würde. Die Straße war jedoch einstmals durch die Laternen vom Bahnhof Tiergarten her erleuchtet. Aus diesem Grunde hat der Angeklagte den Großen Weg verlassen wollen, um bei der allgemeinen Unklarheit, die damals herrschte, seinen Transport im Dunkeln zu geleiten. Er schickte den rechts abführenden Radweg ein, in der Annahme, daß dieser in gerader Richtung auf die Charlottenburger Chaussee führen würde. In dieser Annahme irrte er sich, da der Radweg nach etwa 40 Schritten nach links abbiegt und dann etwas parallel mit dem Großen Weg läuft. Es wurde seitens des Vorsitzenden festgestellt, daß von der Unfallstelle aus nicht, wie der Angeklagte es bisher behauptet hat, die Laternen des Bahnhofs Tiergarten oder der Charlottenburger Chaussee zu sehen seien. Kapitänleutnant v. Pflug-Portung mußte zugeben, daß er sich hierin geirrt habe. Hierzu bemerkt jedoch eine Anklagekorrespondenz, daß zur Zeit des Kolaltermins die Laternen auf der Charlottenburger Chaussee gelöscht wurden. Es nun also gestern abend das Gericht über die Anklage sich im Recht befinden hat, läßt sich nicht feststellen. Die Radprobe von der Unfallstelle aus ergab, daß Hauptmann v. Pflug-Portung und der Chauffeur unbedingt den Kurs des Kapitänleutnants „Schneidpunkt Tiergarten“ gehalten haben müssen. Die Angeklagten demonstrieren dann auch die Mordtat Liebfnechts. Dabei wurde nachgewiesen, daß sich der Eindruck des Vertreters der Anklage, ein Einfließen sei insoweit des Monats an Büchsen kaum wahrscheinlich gewesen, hinlänglich sei. Die Ergebnisse des schriftlichen Kolaltermins wird die heutige Verhandlung beschäftigen.

Nach Eröffnung der heutigen Sitzung sagte der Vorsitzende, in der „Freiheit“ sei gerügt worden, daß die Angeklagten nicht auf dem sonst, vor bürgerlichen Verichten üblichen Wege den Anklageraum betreten, sondern durch die zum Richterzimmer führende Tür kommen. Die direkt nach dem Anklageraum führende Tür — sagt der Vorsitzende — bildet den Zugang nur zum Untersuchungsgefängnis. Die Angeklagten befinden sich aber nicht im Untersuchungsgefängnis. Sie können deshalb nur entweder vom Flur oder durch die zum Richterzimmer führende Tür den Anklageraum betreten. Ich habe das letztere angeordnet, damit die Angeklagten, wenn sie den Eingang vom Flur benutzen, nicht mit ihren Angehörigen in Verbindung kommen. Ferner bemerkt der Vorsitzende, die „Freiheit“ habe gerügt, daß der Angeklagte, Hauptmann Weller, eine Pistole trage. — Die Pistole gehört zum Dienstgebrauch, ich habe aber vor Beginn des Prozesses angeordnet, daß niemand — auch die Richter — mit einer Schusswaffe den Saal betreten darf. Hauptmann Weller hat also die Pistole vor Betreten des Saales abzugeben.

Anklagevertreter, Vorsitzender und Verteidiger wenden sich dagegen, daß in der Presse bereits jetzt Urteile über die Aussagen einzelner Zeugen abgegeben werden. Diese Eingriffe in ein schwebendes Verfahren müßten als unzulässig und als Versuch, das Urteil der Richter zu beeinflussen, zurückgemessen werden.

Die Beweisaufnahme wird fortgesetzt mit der Zeugenvernehmung des Jügers Friedeich, der ausfragt, daß die vor dem Hotel beim Transport Liebfnechts stehende Wange eine drohende Haltung gegen Liebfnecht einnahm und ein Soldat das Gewehr auf ihn anlegte, aber nicht schoss. Der Zeuge gehörte zu den Mannschaften, die am Transport Liebfnechts mitwirkten. Seine Angaben über die Vorgänge während des Transportes decken sich im wesentlichen mit der Darstellung des Angeklagten Pflug-Portung. Der Zeuge sagt, nachdem das Auto im Tiergarten hielt und die Insassen aussteigen waren, folgte er als letzter der Trans-

portmannschaften hinter Liebfnecht und bemerkte plötzlich, daß Liebfnecht nach rechts hinübersprang. Dann wurden etwa 8 bis 10 Schritte abgemessen und Liebfnecht fiel zu Boden. Einer von den begleitenden Offizieren, Leut. Schulze, rief, er sei erschossen. Ich (der Zeuge) ging mit zu dem am Boden liegenden Liebfnecht und suchte, ob er etwas verloren habe. Da fand ich ein offenes Taschentuch mit Schilfpapier, das ich später auf der Unfallstation abliefern. Als wir wieder im Wagen saßen, zeigte uns Leut. Schulze seine Wunde an der Hand und fragte, ob jemand ein Taschentuch habe, um die Wunde zu verbinden.

Anklagevertreter: Warum suchten Sie denn bei der Leiche nach verlorenen Sachen? War denn das so wichtig? Hatte Sie jemand dazu beauftragt? — Zeuge: Nein, ich tat es aus eigenem Antriebe. — Auf Befragen gibt der Zeuge an, die Offiziere seien nach dem Schießen hinter Liebfnecht hergelaufen. — Beim Antritt habe Kapitänleutnant v. Pflug-Portung zu Liebfnecht gesagt, daß bei einem Fluchtversuch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht würde? — Der Vorsitzende fragt die am Transport Liebfnechts beteiligten angeklagten Offiziere, ob sie als Transporteure auf einen fliehenden Liebfnecht würden, wenn der Führer schiess, ohne daß er ihnen den Befehl zum Schießen gibt. Alle in Frage kommenden Angeklagten erklären, sie hätten sich für berechtigt und verpflichtet, nicht erst den ausdrücklichen Befehl abzuwarten, sondern zu schiessen, wenn der Führer schiess. Der Vorsitzende hält den Angeklagten vor, daß ihre Auffassung nicht mit den geltenden Vorschriften für den Waffengebrauch im Einflang stehe. — Angekl. Pflug-Portung bemerkt, nach der Vorschrift darf von der Schusswaffe Gebrauch gemacht werden, wenn andere Waffen unzureichend sind. Wir hatten außer der Pistole nur den kleinen Dolch, der doch in diesem Falle unzureichend war. — Vorl. (zum Zeugen Friedrich): Hat Kapitänleutnant v. Pflug-Portung nicht nur zu Liebfnecht, sondern auch zu den Begleitmannschaften gesagt, daß beim Fluchtversuch von der Schusswaffe Gebrauch gemacht wird? Zeuge: Mir ist es so, als wenn er es auch zu uns gesagt hat.

Vorl.: Ist nichts zu Ihren Ohren gekommen, was darauf schließen läßt, daß eine Verabredung bestand, wonach etwas gegen Liebfnecht unternommen werden sollte? Zeuge: Nein. Vorl.: Haben Sie etwas davon gehört, daß die Wanne am Auto nur markiert war? Zeuge: Ich habe nichts davon gehört. Vorl.: Wären Sie es hören müßten? Wo standen Sie denn? Zeuge: Ich stand auf dem linken Trittbrett des Autos und hätte es hören müssen, wenn eine solche Verabredung getroffen worden wäre, denn ich habe ja gehört, daß Liebfnecht den Führer fragte, wozu es geht. — Auf Befragen gibt der Zeuge weiter an: Als ich vom Transport nach dem Großen Weg zurückkehrte, trafen mich die Kameraden, wo ich herkam. Ich erzählte, was sich während des Transportes ereignet hat. Die Kameraden sagten, das mit der Wanne und der Mordtat ist in alles Mache. — Anklagevertreter: Das sollen Sie gesagt haben. — Zeuge: Nein, die Kameraden haben es gesagt. Vorl.: Sie sollen auch gesagt haben, daß Ihnen Patronen fehlen und gerat haben. Sie hätten Liebfnecht erschossen. Zeuge: Davon weiß ich nichts. Ich war sehr aufgeregt über die ganze Sache. — Verteidiger: Mühen Sie sich bei dieser Gelegenheit nicht alle beteiligten Soldaten, daß sie Liebfnecht getötet haben? — Zeuge: Ja, so wurde gesprochen. — Vorl.: Wollen Sie bestritten, daß auch Sie solche Äußerungen gemacht haben? — Zeuge: Bestritten will ich es nicht, ich kann es aber auch nicht zugeben. Ich kann mich nicht mehr darauf besinnen. — Anklagevertreter: Wollen Sie bestritten, gesagt zu haben, der Fluchtversuch sei nur Mache gewesen? — Zeuge: Das bestrichte ich. — Vorl.: Sie hatten Mut an Ihrem Anzuge. Haben Sie nicht unter Hinweis darauf gesagt: Wir haben Liebfnecht totemgemacht? — Zeuge: Ich kann mich nicht besinnen, daß ich so was gesagt habe. Das Mut an meinem Anzuge war davon, daß ich die Leiche Liebfnechts mit angefaßt habe.

Auf Antrag des Verteidigers, der anscheinend nachweisen will, daß Liebfnecht der Fluchtversuch zuzutrauen sei, wird Dekret Dr. Simsen vom „Berliner Lokalangeiger“ vernommen. Er sagt, er habe in Begleitung seiner Frau Liebfnecht in der Nähe von dessen Wohnung gesehen. Als der Zeuge zu seiner Frau sagte, das ist ja Liebfnecht, sei dieser heilig und aufgeregt in der Richtung nach seiner Wohnung gesprungen und habe sich ängstlich umgesehen.

Militärkraftfahrter Befehl wird sehr eingehend über die Wanne vernommen. Er hat den Wagen, in dem Liebfnecht transportiert wurde, gefahren und sagt, der Wagen sei schon vor Antritt der Fahrt schadhaft und mußte repariert werden. Aber bei der Anfahrt hätten sich schon Mängel am Motor bemerkbar gemacht und während der Fahrt sei ein Reifen platzt. Hinter der Korneliusbrücke habe der Bergasser angefangen zu knallen. Im Tiergarten habe der Wagen dann gehalten und konnte nicht weiterfahren. Der Zeuge habe nun die Ursache der Wanne feststellen wollen. Er sei gefragt worden, wann der Wagen wieder fahrbereit sei. Darauf habe er geantwortet, es könne längere oder auch längere Zeit dauern. Einer der Offiziere habe ihm dann zugerufen, wenn der Woge wieder fahrbereit sei, solle er ihn nach der nächsten Straßenkreuzung führen, wo sie hingehen würden, um einen Wagen zu suchen und das Auto zu erwarten. (Die Verhandlung geht weiter.)

wurde der Verhandlung mit einer Anklage des Vorsitzenden Rauth geschlossen.

Der Lohnstreit der Telegraphenarbeiter vor dem Schlichtungsausschuß.

Beim Reichsarbeitsministerium ist, wie bekanntlich gemeldet wird, am 2. Mai durch einen Schiedspruch auszusitzen der Reichspostverwaltung einstritten worden. Der Auspruch hielt die von den Telegraphenarbeitern geforderten Lohnforderungen, die weit über die Besätze der Eisenbahnarbeiter hinausgehen, für unbedenklich, da er aus den Verhandlungen nicht die Heberzeugung hatte gewinnen können, daß die Fälligkeit der Telegraphenarbeiter höher zu bewerten sei als die der Eisenbahnarbeiter. Er bezeichnete die von der Reichspostverwaltung angebotene Lohnerhöhung von ungefähr 30 Proz. für durchaus angemessen. Die Arbeiter hatten eine Erhöhung ihrer Bezüge um fast 60 Proz. gefordert.

Freie Kunstgewerber.

Am Werden beabsichtigt eine Organisation von energischer Vertretung wirtschaftlich-beruflicher, sozialer und politischer Interessen (insbesondere zur Eringung pünktlicher Lebensbedingungen sozialistischer Selbsthilfe, Förderung geistlicher Fürsorge, Vervollständigung an den Arbeiterrats-Wahlen u. v. m.) für alle freischaffenden oder sonstigen Kunstgewerber und Künstler in Handwerk, Gewerbe, Industrie, Kunst usw., für die nicht bereits Organisationen bestehen und soweit sie in den Arbeiter-Verbänden oder den Künstler-Verbindungen eine Vertretung ihrer Interessen nicht finden können. (Mitglieder ausposaunen.) Idealtypische Kunstgewerber, die bereit sind, an den Vorarbeiten mitzuwirken, wollen ihre Adresse abgeben an Oskar Quitt, Dekorationsmaler, Reutlin, Jägerstr. 24.

Verstärkung angefordert! Sonntag vormittag 10 Uhr findet in der Aula des Eodien-Realschulhaus, Steinstr. 11-13 (an der Alten Schopenhauer Straße), eine Versammlung sämtlicher Kunstgewerber statt. Besondere Aufmerksamkeit verdienen einen Vortragensmann nachweislich wichtige Tagesordnung. Das Recht der Angelegenheitsabw.

Groß-Berlin

Die Kartoffeln werden teurer.

Von Montag ab wird in Groß-Berlin der Kleinhandelspreis für Speisekartoffeln von 12 auf 15 Pf. für das Pfund erhöht.

Die heutige Vermittler der Volkshilfe „Der Ungut“ ist auf den 19. Mai verschoben.

Wiederbefreiung des Anführers einer Räuberbande. Das Haupt einer Räuberbande, die seit einiger Zeit Spieler in Schaulwirtschaften ausplünderte, wurde gestern endlich erwischt, aber von seinen Spießgesellen wieder befreit. Mit scharfgeladenen Revolvern ausgetüchtelt trat die Bande in Schant- und Gastwirtschaften, in denen Gähle sich mit Klüppeln unterhielten, plötzlich ein und zwang unter Drohungen die Gäste zur Herausgabe des Geldes. Der Kriminalpolizei gelang es, nach und nach mehrere Mitglieder hinter Schloß und Riegel zu bringen. Gestern ermittelten Beamte endlich den Hauptling, den 23 Jahre alten Schlosser Daas, in einer Schaulwirtschaft in der Kasserstraße. Sie nahmen ihn fest und brachten ihn nach der Wache. Von hier sollte er heute früh nach dem Polizeipräsidium gebracht werden. Während jedoch frühmorgens die Abführung der Beamten vor sich ging, drangen die noch auf freiem Fuße befindlichen Helfershelfer des Verhafteten mit Nachschlüssel in das Haus ein, gelangten ohne bemerkt zu werden auf der Hintertreppe an die Halle, in der der Anführer saß, schnitten eine Fällung aus und besetzten den Gefangenen. Daas wird jetzt wieder eifrig gesucht. Er ist klein und unterseht, trägt einen hellen, weichen Filzhut und einen dunklen Pelicot.

Warnung für Hochbahnfahrer. Bei dem ungeheuren Andrang auf der Hochbahn ist es in der letzten Zeit üblich geworden, daß vielfach Hochbahn mit einer Fahrkarte III. Klasse auch die II. Wagenklasse benutzen. Die Hochbahnverwaltung ist aber jetzt dazu übergegangen, in den Wagen der II. Klasse Kontrollen vornehmen zu lassen. Hochbahn, die mit einer Karte III. Klasse darin betroffen werden, haben eine Ordnungsstrafe von 3 M. zu zahlen. Also Vorsicht!

Wäre es nicht das Richtige, jetzt überhaupt die II. Wagenklasse abzuschaffen?

Die Niederbarnimer Kreistagsarbeiten. In unserer heutigen Notiz muß es heißen: Koenig (Mahlisdorf) Reichstagsmitglied und Pöcher (Strauß) Unabhängig.

Der Ausbruch der Deutsch-Amerikaner hat zum Sonntag, den 11. Mai, vormittag 11 Uhr, nach den Zeitberichten, zwischen 3. eine Person in der deutsch-amerikanischen Arbeiterbewegung und ihrer Mitglieder einbringen die die Teilnahme einer Organisation oder in Deutschland lebenden deutsch-amerikanischen Kriegsteilnehmer und Aufstellung von Wundheilberungen bezweckt.

Das Goldene Rad. Mit dem Goldenen Rad, das zur Entschuldig gelandt, bringt der Sportpart Tripton sein erstes großes Rennen. In den Vorläufen haben sich die besten unserer Fahrer für den Endlauf qualifiziert. Es sind dies Salomo Barm, Thomas und Pöcher. Das Rennen führt über eine Strecke von 10 Kilometern nach werden diese vier guten Fahrer einen harten Kampf liefern. In den Vorläufen startete vier gute Fahrer, unter denen vor allen Dingen Lorenz, Pöcher, Barm, Pöcher und Pöcher zu nennen sind. Am Sonntag sind 5 Fahrer am Start, darunter in erster Linie das Armbindenrennen, das von Sonntag um Sonntag immer interessanter zu gestalten scheint. Außerdem findet ein 10-Kilometer über 3 Runden, ein 10-Kilometer und ein 10-Kilometer am Sonntag, die mit einer Karte III. Klasse darin betroffen werden, haben eine Ordnungsstrafe von 3 M. zu zahlen. Die Rennen beginnen um 4 Uhr.

Arbeiter-Kabfahrer-Bund „Solidarität“. Crisgrube Berlin, II. U. 17. Touren zum 11. Mai, vormittag 7 Uhr, nach Alt-Zandberg, Straußberg (Königsberg) 65 Kilometer; nach 1 Uhr: Köpenick (Kielmal) ca. 42 Kilometer. Vorkauf bis Köpenick, dann Stragenbahn.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Treptow. 200 Gramm Weizenmehl auf Abchnitt 30 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte und 200 Gramm Weizenmehl auf Abchnitt 31, 100 Gramm Normmehl auf Abchnitt 23, 100 Gramm Reis auf Abchnitt 34 für Jugendliche, 250 Gramm Weizenmehl auf Abchnitt 13 der Einwohnereinsparnisse. Markenfrei zum Verkauf haben Eiermehl und Weizenmehl.

Zeig. Abchnitt 21 der Groß-Berliner Lebensmittelkarte 200 Gramm Treptow (27 Pf.), Abchnitt 23 der Gemeindevorteilskarte 100 Gramm edelste Weizen (45 Pf.). Auf einen noch näher zu bestimmenden Abchnitt der Einwohnereinsparnisse 200 Gramm amerikanisches Weizenmehl für 1,00 M.

Lichterstraße. Vom 2. ab auf Nr. 18 der Neuen Regungsliste Anwesen. Die Geschäftsbücher machen durch Auszahlung die Nummerfolge bekannt.

Vom 12. bis 17. auf Nr. 23 der Lebensmittelkarte 3 Suppenwürfel (30 Pf.).

Straßen. Sonnabend, den 17. Mai, gelangen auf die Abchnitt 33 und 34 der Lebensmittelkarte für Jugendliche zum Verkauf: 1/2 Kilogramm Pfefferkörner und 1 Dose Kakao.

Die Abchnitt sind bis Mittwoch, den 14. Mai, in den Geschäften abzugeben, wo die Ware bezogen werden soll. Die Zusatzkartenabchnitt sind ebenfalls bis Mittwoch abzugeben. Für Rücksicht auf die allgemeinen Bestimmungen in der Warenversorgung müssen in erster Linie Säuglinge, kranke und werdende Mütter und schwerkranke Personen bedacht werden. Allen anderen bezugberechtigten Personen wird für drei nicht beliebige Tage eine solche Sonderkarte nach verabfolgt. Die Bezugskarte hierzu werden im Rathaus, Zimmer 6, verabschiedet.

Zeugnisse. Die letzten Kartoffeln nur gegen Karteikarten mit Aufsicht Karteikarte Kreis Zeilow, Gemeinde Berlin-Teupitz mit den Nummern 1-3600 abgegeben und entnommen werden. — Von Montag bis Mittwoch dritter Verkauf von ausländischen Schweineprodukten. Pro Kopf 100 gr Speck und 50 gr Innige Speck. Ausgabe bei den Märkten. Vor dem Verkauf lösen oder brechen, da keine Gewähr für Frischheit. Keine Veränderung der Gültigkeitsdauer des Abchnitts.

Warlebort. Dienstag 12-2 an die Wähler: getrocknete Pfefferkörner, Knochenkalk, phosphorsaurer Kalk, Vegetation im Zimmer Nr. 2021 des Rathauses, Ausgabe im Futtermittelager, Gymnasium, Eingang Rathausstr. Ecke miltbringen Lebensmittelkarte Rudow.

Lebensmittel. Lichtberg. (Wache ab 12. Mai) 200 Gramm Wasmel und Weizenmehl auf dem gemeinsamen Lebensmittelkarte. (Gültigkeit des Karteikartens bis 31. Mai). — 200 Gramm Graupen Weizenmehl (Sonnabend). — 1/2 Kilogramm Weizenmehl auf Abchnitt 33, 34 und 35 E. J. G. K. — 1/2 Kilogramm Weizenmehl auf Abchnitt 33, 34 und 35 E. J. G. K. — 1/2 Kilogramm Weizenmehl auf Abchnitt 33 E. J. G. K. — Teilweise Lebensmittelkarte abzugeben, die Lebensmittelkarte für Zeig und Pöcher zu erhalten. Rühre Lebensmittelkarten erhalten demnach.

Spandau. Feld 5 der Karteikarte verliert heute seine Gültigkeit. Vom Montag ab haben alle nur auf Feld 6 entnommen werden und zwar: 1/2 Kilogramm Speck oder 1/2 Kilogramm Rührewaren oder eine Dose Pfefferkörner.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Der Arbeiterkurs findet heute nicht im Jugendheim, sondern im Konferenzzimmer der Vorwärtsredaktion um 6 Uhr statt.

Zentralstelle für die Einigung der Sozialdemokraten. Begr. 3. 3. 1919. Montag, 7 Uhr, bei Geber, Bauhof Weg 7, Bezirksversammlung. Bitte mitkommen.

Mitglieder. Montag, 7. Mai, Uhr: Mitglieder-Versammlung in der Aula der Wilhelms-Linden-Schule, Gabelstr. Straße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag (Referent: Genoss. K. L. S.). 2. Geschäftsbericht.

Bevölkerung für die Volkshilfe. Montag, 7. Mai, Uhr: in der Aula der Wilhelms-Linden-Schule, Gabelstr. Straße. Tagesordnung: 1. Stellungnahme zum Parteitag (Referent: Genoss. K. L. S.). 2. Geschäftsbericht.

Gewerkschaftsbewegung

Verbandstag der Zivilmusiker.

Schlussagung.

Am Freitag wurde beschlossen, die Verabschiedung der Satzungen dem Ausschuss zur Übertragung und nur die hierzu vorliegenden Anträge zu beraten.

Sodann wurde in den Punkt 5 der Tagesordnung „Stellungnahme zum Gewerkschaftskongress“ eingetreten. Der Vorsitzende Rauth schickte die Aufgaben des Kongresses und vermittelte auf die von ihm zu erwartenden Entscheidungen bezüglich der Stellungnahme zum Kongress.

Fodewil (Düsseldorf) befragte, zwei Delegierte zu wählen, die das Material vorstellen.

Es wurde beschlossen, das Mandatsrecht des Verbandes voll auszunutzen und den Kongress mit zwei Delegierten zu beschicken. Als Delegierte wurden Rauth (Berlin) und Fodewil (Düsseldorf), als Ersatzdelegierter Wilhelm (Frankfurt a. M.), einstimmig gewählt.

Den Ortsvereinigungen Düsseldorf, Bremerhaven und Ebersfeld werden außerordentliche Ausschüsse für ungewöhnliche Ausgaben bewilligt.

Am Freitag, die Stelle eines Redakteurs umgebend in der Gewerkschafts- und Parteipresse auszufüllen. Die Anstellung eines zweiten Vorsitzenden wurde der Ausschusskommission zur Prüfung überwiesen. Es ist hierbei zu berücksichtigen, daß bei der bevorstehenden Fusion zwei Anstellungen des H. D. M. übernommen werden müssen. In den Vorhau wurden dem Rauth als erster und Wassing als zweiter Vorsitzender, Hansch als erster Stellvertreter und Raut als Stellvertreter. Dem Vorsitzenden wurde ein Monatsgehalt von 750 M., dem Stellvertreter und dem Sekretär je 500 M. monatlich bewilligt. Ferner sprach der Verbandstag jedem Anführer 500 P. als nachträgliche Teuerungszulage zu.

Als Ort des nächsten Verbandstages ist Bremen in Aussicht genommen. Der Ausschuss wird in Hamburg tagen. — Hieraus

